Die Bestimmung der der Eintragung fähigen Vereine wurde näher dahin getroffen, daß dann alle Vereine gehören, welche gemeinnützige, wohltätige, gesellige, künstlerische, wissenschaftliche oder sonstige, nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtete Zwecke verfolgten. Anerkannt wurde dabei insbesondere, daß dazu auch die sog. Fach- und Gewerbevereine gehören, soweit sie nicht zugleich Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit oder Produktivgesellschaften seien.

Das Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat in seiner Sitzung vom 30. November eine Kommission niedergesetzt, welche über die Fragen des Termingeschäftes, der Bedeutung der Handelsgerichte und der allgemeinen Organisation des Börsengeschäftes beraten soll.

Den „Berl. Pol. Nachr." zufolge sollen in den nächsten Tagen Kommissare der Reichsämter des Innern, der Justiz und des Reichsschatzamts, sowie der preußischen Ministerien für Handel, Landwirthschaft, der Finanzen und des Innern zu Beratungen über die Frage zusammentreten, ob und welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um die Mißstände an der Produktenbörse zu beseitigen. Es gelte als zweifellos, daß nach Abschluß dieser Vorberathungen, jedenfalls bevor an Ausarbeitung gesetzgeberischer Normen herangetreten würde, Sachverständige aus den an dem Handel an der Produktenbörse interessirten Kreisen gehört werden.

Die Vorgänge, welche bei dem Prozeß Heintze an die Oeffentlichkeit gelangt sind, haben auch die Frage der Organisation des Nachtwachtwesens Preußens in Berlin wieder auf die Tagesordnung gestellt. Wenn durch die Presse die Mittheilung geht, daß Verhandlungen, welche auf die Verbindung des Nachtwachtwesens mit der Schutzmannschaft hinauslaufen, an den erheblichen Mißständen einer solchen Einrichtung gescheitert sind, so erinnern die „Berl. Pol. Nachr." daran, daß einen der Zwecke des für die nächste Landtagssession wiederum geplanten Polizeikostengesetzes die Gewinnung der Mittel zu einer besseren und kräftigeren Organisation der Sicherheitspolizei bildet. Fiskalische Zwecke werden bei der beabsichtigten Neuordnung der Beitragsverhältnisse des Staates und der Gemeinden zu den Kosten der königlichen Polizeiverwaltung nicht verfolgt. Ausgleichende Gerechtigkeit und Verbesserung der Sicherheitspolizei sind vielmehr die einzigen Zwecke, welche damit erreicht werden sollen. Unter den letzteren Gesichtspunkt läßt auch eine dem Bedürfniß der Gegenwart entsprechende Dehnung des Nachtwachtwesens im engen Anschluß an die mit der übrigen Sicherheitspolizei betrauten Organe. Dies sind in allen Städten mit königlicher Polizeiverwaltung die königlichen Polizeibehörden. Es liege auch nicht in der Absicht, eine Aenderung ein treten zu lassen. Wenn sonach neben den erhöhten finanziellen Aufwendungen in einigen Fällen der Uebergang des Nachtwachtwesens auf den Staat die Voraussetzung einer dem Bedürfniß entsprechenden Regelung desselben bilden würde, so liege bekanntlich in der Absicht, den betreffenden Städten durch Erweiterung ihrer Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolizei einen mehr als ausreichenden Ausgleich zu bieten.

Zum Rücktritt der demokratischen Maßlaktation gebört es, die Lage der ländlichen Arbeiter als eine möglichst verzweifelte hinzustellen. Dem gegenüber verdient eine Zuschrift Beachtung, welche der „Vossischen Zeitung" kürzlich aus Borgisdorf bei Zützenlog zugegangen war und die gegen derartige Darstellungen Einspruch erhebt:

„Man liest so oft, und auch in Ihrer Nummer 544 fand ich eine derartige Aeußerung, von den ungünstigen Verhältnissen, in denen sich die dienende Klasse und besonders das Gesinde auf dem Lande befinde. Nach den Erfahrungen, die ich seit 32 Jahren in der Provinz Brandenburg bisheists der Ober gemacht habe, liegen die Dinge doch wesentlich anders. Wenn unter der „dienenden Klasse" die herrschaftlichen Tagelöhner verstanden werden sollen, so ist an deren Lage an manchen Orten viel zu bessern; aber der Gutsbesitzer versorgt sie im Alter und bei Krankheiten. Die selbstständigen Tagelöhner, die bei dem Bauer Kartoffelland und andere Vorteile bekommen, fast stets ein eigenes Häuschen und etwas Garten, ein Schwein — oft 2—3 — und eine Ziege haben, leiden keine Noth, finden auch sonst Arbeit an Chausseen, in Ziegeleien, Torfstichen, durch Holzschlagen im Winter, durch Steinegraben und Aehnliches, auch ist ihre Zahl oft dem Bedürfnisse kaum entsprechend; sie verdienen im Sommer 2 ℳ, beim Dreschen 3 ℳ, in den kürzesten Wintertagen noch immer 1,95 ℳ, und stehen sich viel besser als die städtischen Arbeitsleute, für welche ja einem großen Teile im Winter wenig Verdienst ist. Für die Knechte und Mägde dagegen sind die Jahre, wo sie auf dem Lande dienen, die beste Zeit des Lebens. Der Knecht bekommt jetzt bis 330 ℳ Lohn, und die Magd bekommt über 150 ℳ, dazu haben sie freie Kost, Schlafstelle, Wohl, Leinwand und ein Stück bestelltes Kartoffelland, und die Besseren unter ihnen sparen sich Alle ein kleines Kapital für die Zeit ihrer Verheirathung, denn unverheirathet bleibt auf dem Lande kein Mädchen. Sie regulieren die Höhe der Löhne selber, weil ihre Zahl für den Bedarf eben ausreicht. Hier auf dem Fläming lammeln sich alle Knechte der Umgegend am Martinimarkt in den Ausspannungen in Jüterbog und berathen, wie hoch der Dienstlohn im nächsten Jahre sein soll; dann stellen sie sich am Marktplatz in der Zinnaer Straße in eine Reihe; darauf kommen die Wirthe und suchen sich ihre Knechte aus, aber an Herabhandeln des Lohnes ist nicht zu denken. Daß nun aus manchen Dörfern ein starker Zuzug von jungen Leuten in die großen Städte — in die kleinen nicht — stattfindet, hat seinen Grund nicht in den ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnissen, sondern in der leichteren Arbeit, womit in der Regel ein städtischer Kutscher oder Hausknecht, ein städtisches Dienstmädchen zu thun hat; die Landarbeit wird immer zu Zeiten, wie bei der Bestellung oder der Ernte, alle Kräfte aufs Höchste anspannen müssen; daran kann keine Zeit etwas ändern; auch die Maschinen ändern da nicht viel; hier wird überall mit Maschinen gedrescben, aber wie müssen die Arbeiter sich dabei regen! Mähmaschinen sind noch zu wenig verbreitet, kommen auch nur auf sehr großen glatten Bodenflächen anwendbar, wie sie kein Bauerguut hat. Mähen und Dreschen ist den Leuten aber keine Qual, das Mähen ist sogar die Erholung, weil dabei die Beköstigung wochenlang eine überaus gute und reichliche ist."

Wir können übrigens der „Voss. Z." versichern, daß die vorstehend geschilderten Verhältnisse die allgemeinen sind, die sich in fast allen Landestheilen wiederholen.

Journal-Revue.

Die „Konservative Korrespondenz" verspricht sich von der Rede des Reichskanzlers u. A. einen Erfolg mit dem in ihr dargebotenen Muster, bei Besprechungen der äußeren Lage alle Gesichtspunkte des deutschen Interesses in Berücksichtigung zu nehmen. „Herr v. Caprivi legte die Momente dar, auf denen die Hoffnung beruht, daß es gelingen werde, den Frieden zu erhalten; er hob die Thatsachen hervor, die uns berechtigen, gelassen in die Zukunft zu sehen und auch beiseit zu blicken; er verhehlte auch nicht, daß eine plötzliche Explosion immerhin möglich wäre. Im Einzelnen wird man eine Hauptstelle seiner Ausführungen in den folgenden Sätzen finden: „. . . Aber beunruhigen können uns und immer noch weniger, wie weit sich die Sache noch nicht. Wenn ich eine Truppe zu führen hätte und wüßte, sie soll sich morgen schlagen, dann würde ich das Bestreben haben, sie heute Nacht noch ruhig schlafen zu lassen. Und ich meine, wenn ein Zeitungsschreiber wirklich glaubt, wir wären so nahe vor dem Krieg, der thut klüger, er läßt Handel und Wandel ihren Gang gehen, denn er beunruhigt nur seine Leser vor der Zeit und schwächt dadurch den nationalen Wohlstand, auf dem wir doch erst fußen, wenn es mal zum Aeußersten kommt." — Es ist merkwürdig, daß ein freisinniges Blatt auf Grund dieser Darlegungen zu dem „bedenklichen Urtheil" kommen zu müssen glaubt: „Weiß doch Keiner, worauf der — der Reichskanzler — glaubt!" Die Absicht der eben wiedergegebenen Bemerkungen ist im Gegentheil vollkommen klar. Der Reichskanzler führt es Allen, die es angeht, zu Gemüthe, daß er an den Schädigungen, die Handel und Wandel erleiden, wenn es wirklich zum Kriege kommen muß, genug und übergenug ist, und daß es keinenfalls gerechtfertigt und nöthig ist, diese Schädigungen durch bestimmte Aussagen des Ausbruchs eines Krieges noch vor dem unbedingten Anfang nahen zu lassen. „Man wird gut thun, diesen Gedankengang weiterzuführen bis zu der Erwägung, daß die Kriegs-an-die-Wand-Malereien der Zeitungen, die solche Einbußen und Störungen des Geschäftsverkehrs schon in Friedenszeiten herbeigeführt haben, in dem Maße einer ganz frivolen Handlungsweise darstellen, wenn es nun doch gelingt, den Krieg hintanzuhalten. Haben einige Zeitungen für dieses Argument kein Verständniß, so wird unsere Geschäftswelt die Bedeutung der von Herrn v. Caprivi zur Einhärtgerung empfohlenen Praxis für ihr Interesse ohne Zweifel um so besser zu würdigen wissen."

Am Schluß einer der Etatsberathung im Reichstage gewidmeten Betrachtung sagt die „Schlesische Zeitung": „Wenn die freisinnigen Redner z. B. immer wieder die Rückkehr zur Wirthschaftspolitik von 1879 und damit die völlige Aufhebung der Getreidezölle fordern, so ist nicht einzusehen, wie sie es möglich machen wollen, den Getreidezöllen zuzustimmen, durch welche die Zollsätze doch festgelegt werden. Die freisinnige Partei tröstet sich damit, daß eine autonome weitere Herabsetzung der durch die Handelsverträge festgelegten Zollsätze ohne Widerspruch der anderen vertragschließenden Theile sehr wohl vorgenommen werden könnte. Aber eine solche Maßregel hätte doch wohl wenig Aussicht, von der Regierung gut geheißen zu werden. Die in den Handelsverträgen vorgenommenen Zollherabsetzung ist gegen Gewährung von Zollermäßigungen seitens der anderen Vertragsstaaten vorgenommen worden. Eine neue Herabsetzung würde Aufhebung der deutschen Getreidezölle zu bieten gebabt, so könnten sie um so größere Vortheile von den anderen Staaten erlangen können. Ein völliger Verzicht auf die Getreidezölle unmittelbar nach Abschluß der neuen Verträge würde einem Verzicht auf wesentliche Vergünstigungen seitens auswärtiger Staaten zu Gunsten vorzugsweise der deutschen Industrie gleichkommen. Wir glauben daher nicht, daß unsere Regierung der totalen Aufhebung der Getreidezölle in absehbarer Zeit zustimmen in der Lage sein kann. Die Rede des Reichskanzlers, mit welcher er sich gegen Richter wandte, weist darauf hin, daß die bezüglichen Hoffnungen der freisinnigen Partei auf Schwierigkeiten stehen. Mit großer Uebertriebenheit und mit schlagenden Worten wies Herr v. Caprivi auf den völligen Mangel an Verständniß hin, mit welchem der freisinnige Parteiführer landwirthschaftliche Fragen und Verhältnisse zu behandeln pflegt. Auch die sonderbare Behauptung des Herrn Richter, daß nur billige Getreidepreise und nicht auch die Blüthe des Ackerbaues auf die Wehrkraft des Volkes von Einfluß seien, that der Reichskanzler mit einigen kurzen und treffenden Sätzen ab."

Der „Dziennik Poznanski" bespricht in einem längeren Artikel die Rede des Reichskanzlers v. Caprivi und bemerkt zum Schluß: „Das Auftreten des Herrn v. Caprivi ist für uns und unsere Angelegenheiten von einer gewissen Bedeutung, indem wir daraus die Hoffnung schöpfen, daß die Methode der bisherigen Politik einer gründlichen Aenderung unterliegen werde. Die sehr treffende Begründung der in Betreff der Ausweisungen, des polnischen Sprachunterrichts, der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls, getroffenen Maßregeln, welche unserer Meinung nach damit übereinstimmen, was wir öfter in früherer wie neuerer Zeit ausgesprochen haben, nehmen wir mit aller Anerkennung entgegen. Gleichzeitig wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung auch fernerhin auf demselben Wege bleiben, und daß dies dem allgemeinen Wohle sicher förderlich sein werde.

Der „Goniec" widmet der Rede des Reichskanzlers vom 27. v. M. einen längeren Artikel, welcher u. a. folgende Stellen enthält: „Daß sich Etwas vorbereitet, ist am letzten Freitag von Herrn v. Caprivi unzweideutig in den Worten ausgesprochen worden, daß das Deutsche Kaiserreich alias Preußen nicht einer Zersplitterung, sondern einer Vereinigung der Kräfte bedarf; die Regierung der Pabstkirchl im Einsatz und der Privatunterricht in der polnischen Sprache, sowie der Einfluß in Polen, sind jener Leim, welcher beide Flügel der preußischen Monarchie, jenen französischen und jenen polnischen Flügel, mit dem brandenburgischen Körper härter verbinden soll. Es sind dies eine ihr ganz andere Taktik und vortreffliche Absichten eines preußischen Staatsmannes, es handelt sich nur darum, ob diese Verbindung der Flügel mit dem Rumpf eine nicht zu sehr wackelige ist und ob der neue Leim stark genug sein wird." Der Artikel bespricht die von Fürsten Bismarck gegen die Polen befolgte Politik, welcher die jetzigen Maßnahmen der Regierung gegenüber gestellt werden, und bemerkt, „daß diese Berechnungen des Herrn v. Caprivi und die guten Resultate derselben von zum Teil abhängen würden, den er gebrauchen werde." Weiter wird der günstige Eindruck hervorgehoben, den die Ernennung des Dr. v. Stablewski zum Erzbischof gemacht habe, und gesagt, daß Herr v. Caprivi in diesem Augenblicke die Stimmung aller Polen für sich habe — dieselben stellten nur die Frage, ob dies eine Abschlagszahlung sei oder ob es damit ein Ende habe. Schließlich giebt das Blatt Auszüge aus der Rede des Reichskanzlers und richtet an seine Leser die Aufforderung, dieselbe den Frauen und Kindern vorzulesen und zu erklären den jeden Tag sich zu sagen: „Rom hat mit Berlin geeinigt, Höher unerforschte Berechnungen. Nun Dom ist dem Geistlichen v. Stablewski, Nun Dom ist die er in Thorn gehalten, zugesandt und ihm befohlen worden, dieselbe zu halten, damit der Wolf soll werde und die Ziege dann bleibe, d. h. damit Ihre Verlegung der preußischen Kraftsinn und der gegenwärtigen preußischen Bestrebungen ein Pole den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen einnehmen könne. — Wenn Ihr dies gesagt habt, so legt den Finger auf den Mund und schweigt — bis sich wieder ein Dokument zeigt! Wartet nun auf den Hirtenbrief!"

Die Besserungsversuche, welche man an unseren Strafgefangenen vorgenommen hat, sind, wie die „Deutsche volkswirthschaftliche Korrespondenz" ausführt, großentheils als vergeblich anzusehen, denn die Erfahrung lehrt, daß neuerdings eine große Verrohung gewisser Volksklassen und eine erschreckende Zunahme der schweren Verbrechen eingetreten ist. Auf ist eine ganz neue Kategorie von Verbrechern durch das „Humanitätssystem" insofern groß gezogen worden, als es früher ganz unbekannt war — wie dies namentlich die Großstädte aufweisen —, daß diese Uebelthäter sich einer frivolaren Handlung nur deshalb schuldig machen, um im Gefängniß Unterkunft zu finden. Sind nun jene jungen Burschen weit gefährlicher, die sich nicht scheuen, einer Geringfügigkeit wegen oder gar aus Uebermuth zum Messer oder zum Todtschlagen zu greifen und friedfertige Bürger zeitlebens unglücklich zu machen, so konnte diese Verrohung nur deshalb den heutigen Umfang erreichen, weil jene Kreaturen wissen, daß sie in der milderten Weise angestellt werden, ihre nur eine verhältnißmäßig geringe Strafe warten, und daß diese jenen für gewisse Zeit eine Existenz bietet, die an und für sich nicht Abschreckendes an sich hat. Die ganze Besserungs- und Humanitätstheorie hat also Fiasko gemacht; es stellt sich immer mehr heraus und ist auch nicht zu verwundern. Beim ungebildeten Menschen beherscht nur einmal der Geist nur in den seltensten Fällen den Körper, dagegen der Körper immer den Geist. Wer auf letzteren d. h. auf die Besserung des Charakters hinzielen will, muß zunächst auf den Körper einwirken. Dieser Grundsatz muß vor Allem bei der Organisation der Strafgefängnisse berücksichtigt werden. Der Strafgefangene hat eine berartige Behandlung zu erfahren, daß ihm das Gefängniß stets ein Ort des Schreckens ist; es darf nichts weniger als den Wunsch der Rückkehr in ihm erwecken. So lange die Humanitätsbestrebungen unserer Zeit hier aber verhindern, werden wir noch viele schlechte Erfahrungen mit der Verrohung unserer unteren Volksklassen sammeln müssen."

Parteibewegung

— Bekanntlich hat das Eintreten des Reichstagsabgeordneten Dr. Harmening, der als Deutsch-freisinniger in Stettin gewählt ist, für die besonnene Bodenbestreform zu einem Konflikt zwischen ihm und der „Freisinnigen Zeitung" des Abg. Eugen Richter geführt. Vorgeltern nun hat Herr Harmening hier im Berliner Arbeitervereein seinen Standpunkt vertreten, und wieder ihm zugestimmt; ein Vorgang, der für die deutschfreisinnige Fraktion interessant genug erscheint, um über diese Versammlung zu berichten. Herr Harmening führt aus, daß das Programm jeder Partei auch mit der Entwickelung der Verhältnisse entsprechend geändert werden, ein verhängnißvoller Fehler sei es, wenn das Programm stets nach der Anleitung eines einzelnen Mannes verfolgt und ausgelegt wird, wenn eine Partei nicht daulbe, daß andere Forderungen daneben wenigstens erörtert würden. Das Programm der Freisinnigen sei in den letzten Jahren hinter den Verhältnissen zurückgeblieben. Am wenigsten sollte es einem Mitgliede der freisinnigen Partei verübelt werden, wenn es an sich und der Partei Kritik übe. Er sei durch das Studium der Arbeiterfrage Bodenbestgroreformer geworden. Die ganze jetzige Gesetzgebung ist eine Klassengesetzgebung. Wie sehr man in Berlengenheit ist, was man eigentlich dem Volke sagen solle, zeige die Reichstagswahl in Halle-Dehringen. In derselben Lage wie diesmal die Nationalliberalen, würden nach einigen Jahren alle Parteien sich befinden; es werde sich dann darum handeln: was kann man den Wählern als volkstümliche Forderungen vorlegen. Die Freisinnigen hatten in ein paar glänzende Siege zu verzeichnen, aber nur, weil in den betreffenden Kreisen ihr Programm immerhin einen Kompromiß bedeutete. In Berlin aber sei der Freisinn nicht vorwärts gekommen, wie die Stadtverordnetenwahlen zeigten. Da solle man sich doch nicht gegen die begangenen Fehler verschließen. Die Fortschritte der Sozialdemokratie hätten ihren Grund nicht in der Richtigkeit ihrer Endziele, sondern in der Verständnißlosigkeit der übrigen Parteien, auch der Freisinnigen. Politische Programme dürften doch kein Kanon sein, über den immerwährend gestritten ist. Redner führt dann aus, daß nur die Bodenbestgroreform helfen könne, daß die Baugenossenschaften immer mehr zurückgingen und daß die Verweisung auf die Altshäuslichkeit heutzutage weiter nichts bedeute, als: ich stelle die meinen Leuten zur Verfügung, aber es ist nichts drin. Wenn die freisinnige Partei die Wohlfahrt des Volkes als oberstes Gesetz hinstelle, dann solle sie sich auch etwas intensiver mit der Frage beschäftigen; was heißt denn Wohlfahrt des Volkes — das Volk — das nicht blos der obersten Klassen. Vermuthlich wird ihm der heutige Vortrag wieder einen Stachel ins Fleisch treiben. Redner führt dann aus, daß die Bodenbestgroreform nur in der Pionniere der Sozialdemokratie, als ihre „besten Freunde". Dr. Harmening meint, die Sozialdemokraten sollten nur wacker mit den Bodenreformern zusammenarbeiten. Herr Sachs ist der Meinung, daß die Bodenbestgroreformer nur in der Sozialdemokratie aufgehen könnten. Er bedauere lebhaft, daß der Werein, der früher der eifrigste Anhänger der Fortschrittspartei gewesen, diese Aufführungen behandle. Dr. Harmening glaubt, der Geist im Verein sei der alte geblieben, nur fingen manche Freisinnige an, etwas nationalliberal zu werden. Herr Stankewicz wirft der freisinnigen Partei vor, daß sie, die das Volk vertreten wolle, zur Lösung der sozialen Fragen nicht beitrage; ob die Bodenbestgroreform diese Lösung sei, lasse er dahingestellt. Herr Maaß bezeichnet die Bodenreformer als Handlanger der Sozialdemokratie. Unerstaunlich ist es ihm, wie Harmening bei seinen Anschauungen in der freisinnigen Partei habe einziehen können. Herr Sachs verlangt, daß Harmening seine Ansicht betrage, ob sie seinen Standpunkt theilten. Daß Harmening sich als freisinnigen Kandidaten aufstellen lassen könne, ist ihm unbegreiflich. Dr. Harmening erwidert erregt, daß er sein Programm nicht ändern, verletzte, wie bei der Wahl. Er habe aber seit 14 Jahren etwas zugelernt. Er habe sich nicht um den Sitz bemorben, sondern man habe sich um ihn bemorben, da man ihn haben wollte. Redner bittet, Seine zeitale Auffassung sei den Freisinnigen wohl bekannt gewesen. Er habe sich nicht in die freisinnige Partei hineingeschlichen. „Warum hat man mich denn genommen, wenn man wußte, wie ich war? Ich habe nicht darum umbiert, Mitglied der freisinnigen Partei zu werden." (Lebhafter Beifall.) Herr Hoffmann (1) giebt der Meinung Ausdruck, daß in dem freisinnigen Programm die echte, rechte und wahre Demokratie zum Ausdruck komme. (Lebhafter Widerspruch.) Allerdings habe die Partei in sozialen Fragen Manches nachzuholen; aber die Mehrheit sei ja auch nicht mehr unbedingt auf das Mittelstandsinteresse eingeschworen. Nachdem noch Herr Gansel erklärt, daß der Werein noch selten einen Redner unter sich gehabt, mit dem er sich ganz so einig fühle, wie mit Harmening, wurde folgende Resolution angenommen: „Der Berliner Arbeitervereein spricht Herrn Dr. Harmening seinen Dank für sein mannhaftes Eintreten für die Angriffsnahme sozialer Reformen aus, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß alle aktiverschrittlichen Elemente im wahren volkstümlichen Interesse der sozialen Frage ebenfalls ihre Aufmerksamkeit zuwenden werden."

— Am 5. Dezember legt der Ostpreußische Konservative Verein das erste Jahrzehnt seines Bestehens zurück. Hervorgewachsen aus dem Boden der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, bildet dieselbe zugleich das Fundament des Vereins. Fünfzehn Ostpreußen unterzeichneten als Ausschuß des Vereins am 5. Dezember 1881 das Statut, um welches sich in immer wachsender Zahl die konservativen Elemente der Provinz scharten. Von den Begründern des Vereins sind sechs — meist durch den Tod, ausgeschieden: Graf Dohna-Schlobitten, der bis zu seinem 1890 erfolgten Hinscheiden der Vorsitzende des Vereins gewesen, Geheimrath Schröter, gegenwärtiger Kurator der Universität Halle, Graf Lehndorff-Steinort, Baron von Buddenbrock-Boschkeim, Rittergutsbesitzer Lübbe-Schwaßten und Freiherr von Königsommerau. Besonderer Dank gebührt jenen Herren, die mit nimmer ermüdender Hingebung die Geschäfte des Vereins geführt haben; es sind dieses Geheimer Regierungsrath Baron von Huelsessem-Kuggen, der die Anregung zur Begründung des Vereins gab und seitdem alle Mühen der Geschäftsleitung als Schriftführer getragen hat, und Konsistorialrath Anderich, dem als Schatzmeister die vorgenvolle Verwaltung des Kassenwesens unterstebt. Der Ostpreußische Konservative Werein, an dessen Spitze nach dem Tode des ersten Vorsitzenden Herr Graf Dönhoff-Friedrichstein getreten ist, ist, wie die „Preuß. Ztg." hervorhebt, im Laufe des ersten Jahrzehnts auf 22 000 Mitglieder angewachsen. 195 Delegirte und Stadtdelegirte besorgen in den Kreisen der Provinz die Geschäfte des Vereins, unterstützt von 2200 Vertrauensmännern, denen bei Wahlen die kleine Arbeit zufällt. Die Geschäfte des Bureaus versieht ein Generalsekretär. Fünf Jahre verlag dieses Amt Herr Julius Schulze; seit seinem 1888 erfolgten Tode ist Herr Dr. Stahn an seine Stelle getreten. — So hat sich der Ostpreußische Konservative Verein in der Provinz die ausschlaggebende politische Stellung errungen und wird dieselbe auch hoffentlich zu behaupten wissen.

Parlamentarisches.

* Der Reichskanzler, General v. Caprivi, hat an diejenigen Mitglieder des Reichstags, welche ihre Karte bei ihm abgegeben, Einladungen zu einem parlamentarischen Diner ergehen lassen. Des beschränkten Raumes wegen sind jedoch die Einladungen nicht für alle Erschienenen auf denselben Tag erfolgt, vielmehr empfingt Herr v. Caprivi seine parlamentarischen Gäste am 3., 6. und 8. Dezember.

Deutsches Reich.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Dem Bundesrath sind die aus den Berathungen des in diesem Jahre im Reichsamt abgehaltenen Postkongresses hervorgegangenen, von den deutschen Bevollmächtigten vorbehaltlich der Ratifikation unterzeichneten Vertragsurkunden, nämlich 1. den Weltpostvertrag nebst Schlußprotokoll, 2. das Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertbeangabe, 3. das Uebereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst, 4. die Uebereinkunft, betreffend den Austausch von Postkarten, 5. das Uebereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst, 6. das Uebereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften, nebst einer erläuternden Denkschrift, zur Kenntnißnahme und Beschlußfassung vorbem Reichskanzler vorgelegt worden.

* Gestern tagten die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zölle und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen.

* Die Prüfung der Lehrer an Taubstummenanstalten beginnt hier am 3. September 1892. — Die Aufnahmeprüfung im hiesigen königlichen Lehrerinnen-Seminar wird am 3. und 4. März 1892 abgehalten werden. — Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird

Am Freitag wird Dr. Körber über „Das Planetensystem" sprechen. An den übrigen Abenden der nächsten Zeit gelangt „Die Geschichte der Urwelt" zur Aufführung. Für die Weihnachtszeit ist die Geschichte der Zukunft in von den Sternen fortgesetzt, welches unter dem Titel „Das Antlitz der Erde" eine Studienreise durch geologisch interessante Gegenden der Erdoberfläche veranschaulichen soll. Verfasser ist diesmal nicht Herr Dr. Meyer allein, sondern Mitarbeiter ist Herr Dr. Schröder, welcher durch seine populären Vorträge, die er über geologische Gegenstände in der Urania gehalten hat, unseren Lesern bekannt ist.

* Die Jubiläums-Ausstellung der „Canaria" wird am Freitag in den Räumen der Kaiser-Wilhelmstraße 12 1 eröffnet und dauert bis 8. d. M. Neben vielen anderen Sachen wird ein Dobloschen Orgwerk aufgebaut werden, welches einen Motor in Bewegung gesetzt wird und gleichzeitig mit der Knorre versehen ist. Durch jahrelangen Fleiß und Ausdauer hat es der Verfertiger, ein Mitglied der „Canaria", dahin gebracht, daß der Apparat genau den Gesang des Kanarienvogels wiedergiebt.

dt. In der jetzigen Zeit der theuren Lebensmittelpreise, in welcher man rechnen muß, um zwischen Einnahme und Ausgabe ein ausgleichendes Gleichgewicht herzustellen, dürfte vielleicht Manchem ein Besuch bei dem Rechenmeister Professor Heinhaus im Concordia-Palast-Theater nicht unangebracht erscheinen. Wenn hier bietet sich Gelegenheit, nach der Meinung des genannten Herrn die schwierigsten Rechenaufgaben im Augenblick ohne Zuhilfenahme von Linte und Papier lösen zu lernen. Eine Probe seiner erstaunlichen Sicherheit und Schnelligkeit im Kopfrechnen gab Professor Heinhaus am Dienstag Abend. Derselbe hatte sich verbindlich gemacht, die schwierigsten Rechnenexempel schneller im Kopf zu lösen, als dies der gebührte Rechner schriftlich thun könne. Es waren 5 stellige Zahlen, daß Professor Heinhaus regelmäßig das Fazit bereits nannte, bevor überhaupt jeder Jemand im Stande gewesen sein würde, das Exempel niederzuschreiben. Aufgaben aus dem Einmaleins bis 200, wie folgt, bestehend in der Multiplikation durch vierstellige Zahlen mit sich selbst, in Cuben zweistelliger Zahlen zur dritten und vierten Potenz, in Zieben von Quadratwurzeln aus 6 bis 8 stelligen, sowie von Kubikwurzeln aus aufgehenden neunstelligen Zahlen waren gelöst, sobald sie gestellt waren. Die Summe von 8 bis 10 drei bis vierstelligen untereinander geschriebenen Zahlen nannte Professor Heinhaus, sobald die letzte auf der Tafel stand. Der Wochentag eines beliebigen Datums der Vergangenheit oder Zukunft ist von ihm sofort errathbar. Diese und andere Aufgaben löste der Rechenkünstler im Augenblick mit einer berechtigten Staunen hervorrufenden Sicherheit, und da er zugleich Anderungen über seine Rechenmethode machte, so kann vielleicht Mancher aus seinem Besuche Nutzen ziehen. Auch sonst bot das Concordia-Theater am Dienstag manches der Beachtung wertbes Neue. So sind die Produktionen der Gebrüder Carlo von Hochschulen Rad sowie als Partenre mit Gewicht durchaus lebenswerth, um so mehr, als sie durch manche neue schwierige Tricks das Interesse des Zuschauers fesseln. Sehr anerkennenswerth sind endlich auch die Künste der aus fünf Personen bestehenden Familie Willing auf dem Drahtseil, welche durch namentlich entwickelte ein kleines Mädchen von neun Jahren eine solche Ausdauer und etwies sich als so gewandt, daß das dankbare Publikum immer wieder dasselbe zu sehen verlangte. Die genannten neuen Nummern dürften im Verein mit dem sehr reichhaltigen und wechselungsreichen hübschen Programm dem Concordia-Theater über die für berartige Kunstzwecke ungünstige Zeit vor dem Weihnachtsfeste bestens hinwegbelfen.

* Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Packetmasse sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenbrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Packete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Zigarrenkisten ꝛc. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Packete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Packet gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches bei ganzer Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut u. s. w. abtropfen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung gesetzt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Postpacketadressen für Packetaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß recht groß und deutlich gedruckt oder geschrieben sein. Die Packetaufschrift muß sämmtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffenden Falls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., somit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Packet auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Packeten nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Packeten nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C, W., SO ꝛc.) anzugeben. Die Sicherheit der Beförderung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Packete frankirt aufgeliefert werden. Das Porto für Packete ohne angegebenen Werth nach Orten des deutschen Reichs und Oesterreichs beträgt 10 Pfennig von 5 Kilogr. 1 ℳ — auf Entfernungen bis 75 Kilometer (10 Meilen), 50 ₰ auf weitere Entfernungen.

* Dem Programm des Reichshallen-Theaters hat der neue Monat eine Reihe amüsanter und interessanter Nummern gebracht. Als einen vollen Schuß ins Schwarze haben wir den Kunstschützen Mr. Creck zu bezeichnen, der selbst immer ins Schwarze trifft. Dieser feine Kraftschütze hat recht sensationell vorzuführen. Der amerikanische Tell schießt war nicht seinem Knaben den Apfel vom Kopfe, aber seinem Hunde den Ball aus den Zähnen. In einer stürmischen Beifallsfalve löste sich die akrobatische Gymnastik mit ihrem Meister Ernesto. Meisterschaft entgegengesehen hatte; der vierstöpfige Zieltänzer konnte einen guten Theil des Beifalls auf seine Rechnung schreiben. — Einen reichen Heiterkeitserfolg erzielten die vier „Abvoxurbs" durch die Komik ihrer tollen Phantasiekostümen, deren Figuren durch eine Ausbauung der großen Pauke bei der begleitenden Musik effektvoll vorbereitet werden. Die französische Gewandtheit und Lebenslust, in der auch die Vertreter der Chansonnette den Beifall verdanken, den sie noch immer ernten, läßt es bei diesen übermüthigen Sprüngen und drastischen Posen überziehen, daß manche derselben in den Bereich eines gewagten Kunstes gehören. — Als Kind des Zeitalters der Elektrizität führt sich „brillant" der Kleine Tom Albow ein. Wo man ihn angestellt — überall spreht einem das elektrische Feuer entgegen. — Daß dem Programm neben anderen bewährten Kräften Ger-Nice, der treffliche Aufsprungmeister, mit seinen bei jugendlichen Gesichtern erhalten bleib, ist dankbarst anzuerkennen.

* (Vergnügungen) Seiten haben Kraftproduktionen solchen Anklang und Beifall gefunden, wie diejenigen der Radco's im Zirkus Schumann. Wenn zum Schluß der Nummer Gebrüder Radco das mausgraue Rößlein im flotten rechten Arm durch die Manege trägt, dann erhebt sich ein Beifallssturm, der kein Ende finden will, denn der Pony, welchen Radco trägt, hat das handliche Gewicht von 250 Pfund. Nicht der Radco's erntet sich der Scherz mit der „Gepäckordsche Nr. 1001" der unerwünschten Zustimmung des Publikums. Zum Weihnachtsfest bereitet Herr Direktor Schumann eine große Neuerscheinung, jedoch findet in der ersten Hälfte des Monats noch ein Programmwechsel statt. Die Dressur der „Colibris", dieser auszeichnenen kleinen Vögel, dürfte dem Zirkus neue Schaaren von Besuchern zuführen. Auf sportlichem Gebiete wird der Zirkus Schumann Neues bieten, was in der Reitkunst bisher noch nicht gekannt war. Sein ostpreußischer Hengst „Postillon", wird „Galopp rückwärts" gehen. — In Costan's Panoptikum wird die Puppenfee Prinzß Pauline noch wenige Tage verbleiben. Es ist unter großen Schwierigkeiten gelungen ist, den Kontrakt noch auf sieben Tage zu verlängern. Schon am Montag wird sich Prinzß Pauline vom Berliner Publikum verabschieden.

p. Die Wärmehallen des „Zentralvereins für Arbeitsnachweis" werden heute eröffnet. Die Räume befinden sich im Stadthaubaogen 102, ne